

Ute Schäfer, Ministerin für Familie, Kinder, Jugend, Kultur und Sport: Ja. Es geht jetzt um die Rechtsgrundlage für die neue Statistik. Da gibt es, wie gesagt, die anonyme Beschwerde, der wir uns auch stellen, die wir ausräumen wollen. Wenn wir das geschafft haben, wird es, denke ich, eine Möglichkeit geben, dem Landtag solche Daten zur Verfügung zu stellen, die wir dann anonymisiert und entsprechend gesichert ermitteln.

Vizepräsident Dr. Gerhard Papke: Vielen Dank. – Meine Damen und Herren, weitere Nachfragen liegen mir nicht vor. Damit erkläre ich die **Mündliche Anfrage 61** für **behandelt**.

Wir haben die uns zur Verfügung stehende Zeit inzwischen auch deutlich überschritten, sodass wir leider keine Möglichkeit mehr haben, die beiden noch offenen Mündlichen Anfragen 62 und 63 heute zu behandeln. Deshalb möchte ich zunächst Frau Abgeordnete Schmitz fragen, ob sie damit einverstanden ist, dass ihre

Mündliche Anfrage 62

von der Landesregierung schriftlich beantwortet wird.

(Ingola Schmitz [FDP]: Nein!)

- Nein. Dann wird sie **in der nächsten Fragestunde** aufgerufen.

Mit Blick auf die

Mündliche Anfrage 63

richte ich dieselbe Frage an Herrn Kollegen Lürbke.

(Marc Lürbke [FDP]: Ich beantworte die Frage auch mit Nein!)

- Auch nein. Damit finden wir auch die Mündliche Anfrage 63 **auf der Tagesordnung der nächsten Plenarsitzung** wieder.

Keine weiteren Nachfragen mehr dazu. Dann ist die Fragestunde des heutigen Plenartags geschlossen.

Ich rufe auf:

12 Europäisches Semester kritisch begleiten – Freie Berufe in Nordrhein-Westfalen unterstützen

Antrag
der Fraktion der SPD,
der Fraktion der CDU,
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und
der Fraktion der FDP
Drucksache 16/8101

Ich eröffne die Aussprache und darf als erster Rednerin für die SPD-Fraktion Frau Kollegin Blask das Wort erteilen. – Bitte, Frau Kollegin.

Inge Blask (SPD): Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Sehr geehrte Damen und Herren! Die Bedeutung der Freien Berufe für die Wirtschaft hat in den vergangenen Jahren stark zugenommen. So sind in den Freien Berufen aktuell über 4,6 Millionen Erwerbstätige in Deutschland als Selbstständige, Beschäftigte oder Auszubildende beschäftigt. Allein auf Nordrhein-Westfalen entfallen über 900.000 Erwerbstätige, die zum Beispiel als Ärzte, als Altenpfleger, als Dozent, als Journalist oder als Künstler tätig sind.

Mit ihren Tätigkeiten tragen diese Menschen in den Freien Berufen zur Entwicklung und Sicherung unseres Gemeinwesens bei und versorgen die Bevölkerung mit notwendigen Dienstleistungen von hoher Qualität. Die Freien Berufe stellen entsprechend einen wichtigen Faktor für die Wirtschaft in Nordrhein-Westfalen, aber auch für das Leben aller Bürgerinnen und Bürger dar. Dies sollte in Zukunft auch so bleiben.

Doch die Europäische Kommission hat im Rahmen des vierten Europäischen Semesters analysiert, dass in Deutschland in den vergangenen Monaten die politischen Maßnahmen zur Belebung des Wettbewerbs in den Freien Berufen und das Produktionswachstum in den freiberuflichen Dienstleistungen zu gering gewesen sei und entsprechend Spielraum bestehe, um die Entwicklungen der Beschäftigung in den Freien Berufen zu verbessern.

So seien insbesondere Architekten, Ingenieure und Anwälte zu stark reguliert und der Preiskampf durch die entsprechenden Gebührenordnung eingeschränkt. Im Hinblick auf die Zutrittschranken zu den verschiedenen Berufen seien zudem die Pflichtmitgliedschaften in den Berufsverbänden bzw. Kammern zu überdenken oder die Zulassungsvoraussetzungen zu lockern.

Der hier vorliegende Antrag greift daher die zentralen Elemente der EU-Strategie zur Liberalisierung der Freien Berufe auf, um durch einen stärkeren Wettbewerb das Wachstum in den Freien Berufen zu stärken. Deshalb freuen wir uns sehr, dass es wie bei unserem Beschluss zum Meisterbrief gelungen ist, dass es einen weitgehend gemeinsamen Antrag gibt, damit wir gemeinsam die Freien Berufe in Nordrhein-Westfalen stärken können.

Hierbei bleibt allerdings zu beachten, dass die anerkannt hohe Qualität der Freien Berufe in Deutschland und des Verbraucherschutzes im Europäischen Binnenmarkt erhalten bleiben bzw. nicht geschwächt werden dürfen. Entsprechend muss ein Weg bei diesem Spagat zwischen der Förderung des Leistungs- und Qualitätswettbewerbs auf der einen und dem Erhalt von Qualitätsstandards zu

dem Vertrauen der Verbraucherinnen und Verbraucher auf der anderen Seite gefunden werden.

Der vorliegende Antrag berücksichtigt genau dies und fordert die Landesregierung auf, sich hierfür gegenüber der Bundesregierung und der Europäischen Kommission einzusetzen. Zudem fordern wir die Bundesregierung und die Europäische Kommission auf, das Fremdkapitalverbot und das System der Kosten- und Honorarordnung der Freien Berufe nicht infrage zu stellen. – Ich danke Ihnen sehr herzlich für die Aufmerksamkeit.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Vizepräsident Dr. Gerhard Papke: Vielen Dank, Frau Kollegin. – Für die CDU-Fraktion erteile ich Herrn Kollegen Dr. Bergmann das Wort.

Dr. Günther Bergmann (CDU): Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen, meine Herren! Der Europäische Binnenmarkt ist eine Erfolgsgeschichte schlechthin. Er gehört zu den weltweit größten Wirtschaftsräumen und ist für die nordrhein-westfälische Wirtschaft der größte Absatzmarkt. Ein funktionierender EU-Binnenmarkt liegt damit natürlich auch im Interesse unseres Landes Nordrhein-Westfalen.

Aber während wir im produzierenden Gewerbe massiv vom Binnenmarkt profitieren, gibt es im Dienstleistungssektor noch deutlichen Nachholbedarf. Die EU ist daher bemüht, rechtliche und bürokratische Hindernisse für die Erbringung von grenzüberschreitenden Dienstleistungen abzubauen. Die CDU-Landtagsfraktion unterstützt grundsätzlich dieses Ziel. Allerdings muss nordrhein-westfälische Politik darauf achten, dass auf dem Weg zum Ziel das Kind nicht mit dem Bade ausgeschüttet wird und es zu – sagen wir einmal – Kollateralschäden kommt.

Erfolgreiche Wirtschaftspolitik zeichnet sich aus unserer Sicht dadurch aus, die Schwächeren an die Starken heranzuführen und nicht umgekehrt. Ziel europäischer Politik sollte es daher sein, Deutschlands Stärken quasi als Best-Practice-Beispiele auf andere Länder zu übertragen. Ein Absenken erfolgreicher deutscher Standards wäre hingegen kontraproduktiv für die gesamte EU. Deshalb darf es uns nicht gleichgültig sein, wenn die EU über die länderspezifischen Empfehlungen zum Europäischen Semester versucht, unsere Standards zu senken, anstatt erfolgreiche und bewährte Strukturen auf andere Länder zu übertragen.

Im Herbst 2013 haben wir hier bereits über einen solchen Versuch debattiert. Der Landtag sprach sich damals mit großer Mehrheit gegen Versuche aus, die Meisterpflicht im Handwerk weiter zu reduzieren. Aber nicht nur im Handwerk, auch in den Freien Berufen droht eine Absenkung von deutschen Standards durch das Europäische Semester und die Transparenzinitiative. Bereits im Juli letzten Jahres debattieren wir daher auf Initiative der CDU

über mögliche Auswirkungen der Transparenzinitiative und des Europäischen Semesters auf die Freien Berufe.

Die CDU-Fraktion freut sich, dass ausgehend von unserem damaligen Antrag eine große fraktionsübergreifende Initiative zur Unterstützung der Freien Berufe entstanden ist, deren Ergebnisse wir mit dem vorliegenden Antrag heute debattieren. Da dies so ist, zieht die CDU-Landtagsfraktion ihren Antrag Durchsache 16/6134 zurück und stimmt dem vorliegenden gemeinsamen Antrag zu. – Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von der CDU – Minister Guntram Schneider: Das ist doch was!)

Vizepräsident Dr. Gerhard Papke: Vielen Dank, Herr Kollege. – Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen spricht Frau Kollegin Schneckenburger.

Daniela Schneckenburger (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Kollege Bergmann hat es eben schon angesprochen. Es ist in der Tat das zweite Mal, dass sich dieser Landtag anschickt, einen sehr breitgetragenen Antrag zu beschließen.

Der eine ist der Antrag aus dem letzten Jahr, in dem es um ein Bekenntnis zum Meisterbrief, vor allen Dingen zum Handwerk und zur Qualitätssicherung im Handwerk in Nordrhein-Westfalen ging – mit dem deutlichen Hinweis an die europäische Ebene, erreichte Standards in Deutschland nicht zu gefährden. Da hat auch die FDP eingeschlagen. Sehr schön!

Sie schlagen auch diesmal wieder ein. Sehr schön!

Ich kann feststellen, dass es im Landtag Nordrhein-Westfalen offensichtlich in zwei ganz zentralen Feldern, nämlich bei der Handwerkspolitik und bei der Mittelstandspolitik, große Einigkeit gibt, dass die Opposition hier mit der Linie der Landesregierung und der Koalition einverstanden ist. Das ist sehr schön! Es gibt kleine, marginale Punkte, die von Oppositionsseite wirtschaftspolitisch ins Zentrum gestellt werden, wie geringfügige Differenzen bei der Einschätzung des Tariftreue- und Vergabegesetzes in Nordrhein-Westfalen. Aber in den großen Linien stimmen Sie mit uns überein. Und das ist ausgesprochen gut und schön.

(Lachen von Ralph Bombis [FDP])

Ich will Sie aber auf einen Punkt aufmerksam machen, bei dem ich nicht weiß, ob wir in der Konsequenz einer Auffassung sind. Es wäre allerdings ausgesprochen notwendig, dass wir da einer Auffassung sind.

Wir sind uns einig, dass es notwendig ist, Reglementierungen wie Gesetze und Verordnungen regelmäßig zu überprüfen. Es ist Aufgabe des Ge-

setzgebers, zu gucken, ob sie noch zeitgemäß sind oder an veränderte politische Wirklichkeiten angepasst werden müssen.

Wir sind uns hoffentlich auch einig darin, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen von FDP und CDU, dass es Sinn macht, die Folgen von Deregulierung genau in den Blick zu nehmen. Ich freue mich, dass die FDP da jetzt eine gewisse Kurskorrektur vorgenommen hat, zumindest in der Handwerkspolitik und in der Mittelstandspolitik. Das war ja nicht immer so.

Vielleicht lassen Sie uns noch mal gemeinsam darauf gucken, was eigentlich im Moment passiert. Im Windschatten des Freihandelsabkommens TTIP wird verhandelt über das nicht minder gefährliche Abkommen TiSA, ein internationales Dienstleistungsabkommen. Darin soll es um Regelungen der internationalen Leiharbeit gehen, darum, dass Leiharbeiter weltweit, zum Beispiel von China nach Europa, entsendet werden können.

Ich glaube, es macht Sinn, auch an der Stelle noch mal draufzusehen: Was bedeutet TiSA eigentlich für unsere Handwerksunternehmen? Was bedeutet es für diejenigen, die einen qualitativ hochwertigen Abschluss gemacht haben, einen Meisterabschluss? Was bedeutet es für die Dienstleistungsberufe, für die Freien Berufe in Deutschland, in Nordrhein-Westfalen? Wie können die sich künftig auf dem Markt behaupten? Es wäre sehr sinnvoll, dass wir mal gemeinsam darauf sehen, was TiSA, Ceta und TTIP tatsächlich für die Dienstleistungsfreiheit bedeuten.

Können Sie ausschließen, dass zum Beispiel die Handwerksordnung im Rahmen dieser Handelsabkommen als klassische Marktzugangsschranke für Amerikaner und Kanadier gewertet wird? Können Sie das ausschließen? Wenn nicht, dann lassen Sie uns doch bitte an dieser Stelle die Debatte führen und zumindest die Risiken, die in dieser Form von Deregulierung und transnationalen Abkommen stecken, miteinander in den Blick nehmen.

Wir freuen uns heute jedenfalls, dass es gelungen ist, diesen gemeinsamen Antrag, dieses gemeinsame Bekenntnis zu einer vernünftigen Regulierung, zu vernünftigen Qualitätsstandards, zu vernünftigen Rahmenbedingungen für viele Berufszweige in Nordrhein-Westfalen zu formulieren.

Wir unterstützen die Freien Berufe in Nordrhein-Westfalen. Sie sind ein wesentlicher Pfeiler des Wirtschaftsgeschehens. 266.000 Menschen arbeiten in Nordrhein-Westfalen als Freiberufler. Die Tendenz ist eher wachsend; das zeigt die Entwicklung der vergangenen Jahrzehnte.

Sie tragen mit Beratungsleistungen, medizinischer Versorgung, kultureller Bildung bei zu einem wertvollen, wichtigen Wirtschaftsgeschehen in Nordrhein-Westfalen. Sie sind wichtige Arbeitgeber und Ausbildungsbetriebe. Sie sorgen dafür, dass Quali-

fikation weitergeht in die nächste Generation. Sie sichern damit die Entwicklung und Existenz unseres Gemeinwesens und sind auch ein Garant der gesellschaftlichen Daseinsvorsorge. Insofern ist es ein richtiges gemeinsames Signal des Landtags. – Danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

Vizepräsident Dr. Gerhard Papke: Vielen Dank, Frau Kollegin Schneckenburger. – Für die FDP-Fraktion erteile ich Herrn Kollegen Bombis das Wort.

Ralph Bombis (FDP): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen, sehr geehrte Herren! Wenn etwas gut ist, dann soll man es auch sagen. Und es ist gut, dass wir hier heute zu den Freien Berufen einen gemeinsamen Antrag der Fraktionen von SPD, CDU, Grünen und FDP vorliegen haben, denn dadurch wird die Bedeutung der Freien Berufe gewürdigt und dadurch werden die 250.000 Freiberufler und die 600.000 sozialversicherungspflichtig Beschäftigten gewürdigt.

Aber Freiberufler sind mehr als pure Zahlen der Wirtschaft eines Landes. Sie stehen für Ausbildung, sie stehen für Qualifizierung, sie stehen für Vertrauen, sie stehen für Qualität und damit letztlich auch für Verbraucherschutz.

(Beifall von der FDP)

Dies anzuerkennen, ist der Wunsch, der auch in der Anhörung, die wir dazu gemacht haben, deutlich geworden ist. Dies mit diesem gemeinsamen Antrag anzuerkennen, ist gut.

Gut ist auch, dass durch diesen gemeinsamen Antrag das sogenannte Europäische Semester grundsätzlich als unterstützenswert gekennzeichnet wird. Die Koordinierung der Wirtschaftspolitik auf europäischer Ebene, die gegen Krisen, gegen zukünftige Probleme und damit für eine europäische Integration wirken soll, ist grundsätzlich richtig.

Aber – das sagen wir gerade als Freie Demokraten sehr deutlich – wir müssen auch aufpassen, dass solche Koordinierungsbemühungen nicht kontraproduktiv wirken, dass sie nicht zu Standardabsenkungen führen im Hinblick auf die Qualität, auf die Ausbildung, auf den Verbraucherschutz. Dies sagen wir als Freie Demokraten sehr deutlich.

Frau Schneckenburger, das haben wir im Übrigen immer sehr deutlich gesagt. Es ist durchaus so, dass wir Regulierungen an den Stellen, wo sie sinnvoll sind, immer das Wort geredet haben. Wenn es um Verbraucherschutz, wenn es um Qualität ging, dann sind wir als Freie Demokraten klar für solche Regelungen.

(Beifall von der FDP)

Wir sagen: Solche Regelungen sind keine unzulässigen Beschränkungen, wenn die gleichen Voraussetzungen für alle gelten, die in Deutschland einen Zugang zu einem bestimmten Beruf haben wollen, egal, ob sie aus Spanien, aus Frankreich oder sonst woher kommen.

Drittens. Von daher ist es gut, dass dieses klare Bekenntnis zu den Freien Berufen heute von diesem Hause ausgeht. Aber es ist wichtig, dass dieses klare Bekenntnis kein Lippenbekenntnis bleibt. Es ist wichtig, dass heute am Mittwochnachmittag keine besseren Sonntagsreden geschwungen werden. Deswegen sehen wir ganz klar die Landesregierung in der Pflicht.

Den vielen verschiedenen Belangen, die die sehr unterschiedlichen Freien Berufe umtreiben, muss die Landesregierung Rechnung tragen. Sie muss auch Kritik der Freien Berufe ernst nehmen, die in der Anhörung zum Teil sehr deutlich geworden ist. Es geht darum, die Bürokratie in diesem Land nicht nur nicht weiter aufzubauen. Es geht darum, bürokratische Hemmnisse auch für die Freien Berufe endlich zu senken, meine Damen und Herren.

(Beifall von der FDP)

Es geht darum, existenzbedrohenden Bestrebungen für die Freien Berufe im Hinblick auf Substanzbesteuerung entgegenzutreten. Wir haben heute schon über die Pläne zur Erbschaftsteuer gesprochen. Diese Landesregierung muss den Vorhaben auf Bundesebene zu den Erbschaftsteuerplänen entgegentreten, wenn sie die Sorgen der Freien Berufe ernst nehmen will, meine Damen und Herren.

(Beifall von der FDP – Zuruf von Mehrdad Mostofizadeh [GRÜNE])

– Herr Mostofizadeh, beruhigen Sie sich doch!

Und sie muss die Stärkung der erfolgreichen Selbstverwaltung durch die Kammern weiterhin unterstützen und bestärken. – Daran muss sich die Landesregierung messen lassen. Daran werden wir die Landesregierung messen. Wir sind sehr zuversichtlich, dass mit diesem gemeinsamen Antrag eine gute Grundlage dafür geschaffen wird. Wir werden diese Initiative selbstverständlich mittragen.

(Beifall von der FDP)

Präsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Herr Kollege Bombis. – Für die Piraten spricht jetzt Herr Kollege Schwerd.

Daniel Schwerd (PIRATEN): Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Sehr geehrte Damen und Herren auf der Tribüne und hinter den Bildschirmen! So ganz einig sind wir uns offenbar doch noch nicht, soweit ich das sehe.

Wir Piraten können dem Antrag ohnehin nicht hundertprozentig folgen. „Wasch mir den Pelz, aber

mach mich nicht nass!“, scheint die Devise zu sein, unter der das Thema der Freien Berufe in diesem Hause behandelt wird. Darf ich Sie ganz vorsichtig an die Lissabon-Strategie erinnern? Vor einiger Zeit wurde das Ziel ausgegeben, die EU zum stärksten Wirtschaftsraum der Welt zu machen. Dieses Ziel sollte eigentlich im Jahr 2010 schon erreicht sein. Dann kam die Banken- und Finanzkrise, die für Sie inzwischen nur noch eine Staatsschuldenkrise ist.

Jetzt wird dieses Ziel also für das Jahr 2020 angepeilt. Dafür sollte die unterschiedliche Wirtschaftspolitik der EU-Mitgliedsstaaten besser koordiniert werden. „Koordination“ ist schön unverbindlich und klingt immer gut. Dem sollen wir heute alle gemeinsam zustimmen. Natürlich soll es auch mehr Wettbewerb geben, aber bitte nicht so weit, dass angestammte Interessen berührt werden. Deswegen besprechen wir heute Ihren vorliegenden Antrag.

Wie beides zusammengehen soll – EU-weite Koordination auf der einen Seite und nationale Zulassungsregeln für die Freien Berufe auf der anderen Seite –, bleibt allerdings Ihr Geheimnis.

Genauso steht es mit dem Ziel, mehr Effizienz durch Wettbewerb zu schaffen. Diesem Ziel können Sie zustimmen. Aber bei den Freien Berufen bloß nicht an den Bereich der Honorare rühren, deren staatlich festgelegte Ordnung von vornherein ausgeklammert werden soll! Wenn Sie zum einen Ja sagen, können Sie zum anderen nicht Nein sagen, selbst wenn Sie meinen, diesen offenkundigen Widerspruch durch Ausklammern zu überdecken. Wasch mir den Pelz, aber mach mich nicht nass! Das ist keine überzeugende Strategie.

Wir Piraten bedauern es nicht, Ihren parteiübergreifenden Konsens zu stören. Im Gegenteil! Wir finden, dass man zuerst einmal den Evaluierungsprozess der EU-Kommission abwarten sollte, bevor man sogleich versucht, eine Vielzahl von Aspekten auszuklammern und allerlei Hürden aufzubauen und sich dabei in unauflösbare Widersprüche verstrickt. Bislang wurden allein die Berufe der Immobilienmakler und der Fahrlehrer von der EU-Kommission ausgewertet. Von einem Aufschrei „Untergang des Abendlandes“ habe ich da noch nichts vernommen. Bis zur Umsetzung der Lissabon-Strategie wird also noch viel Wasser den Tejo respektive den Rhein herunterfließen.

Noch ein Wort zum Abschluss: Selbst das deutsche Kammerwesen und die staatlich regulierte Honorarordnung von Freiberuflern sind nicht in Stein gemeißelt vom Himmel gefallen. Behutsame Veränderungen, die nicht zulasten des Verbraucherschutzes gehen, könnten also durchaus im Nutzen von uns allen liegen. Aber wie gesagt: Bis wir das Nähere auf ausreichender Grundlage diskutieren können, wird noch einige Zeit vergehen. Wir können Ihrem Antrag jedenfalls deswegen noch nicht zustimmen. Wir werden uns enthalten.

(Beifall von den PIRATEN)

Präsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Herr Kollege Schwerd. – Für die Landesregierung spricht jetzt Herr Minister Duin.

Garrelt Duin, Minister für Wirtschaft, Energie, Industrie, Mittelstand und Handwerk: Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! In einem Satz zusammengefasst: Man kann den Inhalten des Antrags nur zustimmen. – Wir müssen der EU deutlich machen, dass die bestehenden Regelungen zu den Freien Berufen notwendig sind, um zum Beispiel das Ausbildungs- und Dienstleistungsniveau sowie den Verbraucherschutz zu sichern. Das ist aber eben auch damit verbunden, dass wir klare Kostenhonorarordnungen haben und das Fremdkapitalverbot bestehen bleibt. Frau Blask und andere haben darauf schon hingewiesen.

Man sollte im Übrigen auch die gesamtwirtschaftlichen Konsequenzen einer solchen Liberalisierung betrachten. Wären beispielsweise die Kammern und die Verbände der Freien Berufe nicht in Fortbildung, in Qualitätssicherung, in der Absicherung von Haftungsverpflichtungen und in Schlichtungsfragen tätig, müsste das der Staat machen. Als Konsequenz müsste neue Bürokratie aufgebaut werden, und es wären neue Kontrollmechanismen und erhöhte Staatsausgaben zu leisten.

In diesem Sinne sind die Regelungen zu den Freien Berufen ein Ausdruck ganz konkreter Subsidiarität, wie es eigentlich innerhalb der EU immer eingefordert wird. Man könnte viele Beispiele nennen. Ich nehme nur eines heraus.

Nehmen wir die Situation eines Patienten, der Probleme mit einem Weisheitszahn hat und am späten Nachmittag noch eine Praxis aufsucht.

Wir wünschen uns das alle nicht. Aber nun können Sie sich vorstellen, dass da mit geschwollener Backe nicht viel zu verhandeln ist. Da geht es nicht wie beim Kauf eines Fernsehers zu, wo ein Preis- und Qualitätsvergleich möglich ist, die Stiftung Warentest noch irgendwelche Vergleichsgrundlagen liefert und auf dieser Grundlage dann bei verschiedenen Anbietern gefeilscht werden kann. Der Patient muss davon ausgehen können, dass Preis und Leistung stimmen, dass jemand auf die Fortbildung des Zahnarztes geachtet hat und weiter achtet und dass bei einem möglichen Kunstfehler Schlichtungs- und Haftungsmechanismen und all das automatisch vorhanden sind.

Deshalb ist dieser Markt in diesem Fall und in den anderen Freien Berufen reguliert. Entsprechend haben wir die Freien Berufe in ihrer Gesamtheit mit ihrem jeweiligen spezifischen Regelwerk und mit ihren Organisationen. Das soll so bleiben.

Es darf im Übrigen auch infrage gestellt werden, ob es denn tatsächlich zu größeren Mehreinnahmen bei Steuern käme oder ob es wirklich Wettbewerbs- und Wachstumseffekte erbringen würde, würde man diese Regelungen und Regulierungen über Bord werfen.

Deswegen ganz herzlichen Dank an die Fraktionen, dass sie sich auf diese klare Botschaft haben verständigen können. Wir wissen, welche Wirkungen das auch beim Handwerk hatte, als das mit Bezug auf den Meister gelungen ist. Wenn ich an Herrn Klein denke, den Präsidenten des Verbandes der Freien Berufe hier in Nordrhein-Westfalen, und an die letzten großen Veranstaltungen, zum Beispiel an die Ehrung der Auszubildenden und der Ausbildungsleistungen der Freien Berufe, dann wird das sicher hier eine ähnliche Wirkung entfalten, zum einen nach innen, aber auch als klare Botschaft an die EU. Deswegen dafür herzlichen Dank!

(Beifall von der SPD)

Präsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Herr Minister Duin. – Weitere Wortmeldungen, liebe Kolleginnen und Kollegen, liegen nicht vor. Damit schließe ich die Aussprache.

Wir kommen zur Abstimmung. Die antragstellenden Fraktionen von SPD, CDU, Bündnis 90/Die Grünen und FDP haben eine direkte Abstimmung beantragt. Wir kommen somit zur direkten Abstimmung über den Inhalt des Antrages in der Drucksache 16/8101. Wer möchte dem Antrag zustimmen? – Das sind die antragstellenden Fraktionen SPD, CDU, Bündnis 90/Die Grünen und FDP. Gibt es Gegenstimmen? – Das ist nicht der Fall. Enthaltungen? – Wie im Redebeitrag angekündigt, enthalten sich die Piraten. Mit dem festgestellten Abstimmungsergebnis ist damit der **Antrag Drucksache 16/8101 angenommen**.

Ich rufe auf:

13 Kunstwerke der ehemaligen WestLB auf die Kunstsammlung NRW übertragen

Antrag
der Fraktion der CDU
Drucksache 16/8117

Ich eröffne die Aussprache. Für die antragstellende Fraktion hat Herr Prof. Dr. Dr. Sternberg das Wort.

Prof. Dr. Thomas Sternberg (CDU): Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Meine Damen und Herren! Wenn man zurzeit in die Kunstsammlung Nordrhein-Westfalen, ins K20, geht, dann sieht man eine ganz wunderbare Uecker-Ausstellung. In dieser Ausstellung gibt es auch Blicke auf eine unglaublich quirlige Kunstszene in